

# **Auszug aus den „Hinweisen für die Gehölzpflege an Bundesfern- und Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen“**

## **Einleitung**

Der fachgerechten Pflege und Erhaltung der Gehölzbestände entlang von Straßen kommt aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht, der verkehrs- und bautechnischen sowie der landschaftspflegerischen Funktionen eine erhebliche Bedeutung zu. Auf der Grundlage des von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) erarbeiteten Merkblattes für den Straßenbetriebsdienst – Teil: Grünpflege – Ausgabe 2006 werden für den Bereich der Gehölzpflege (Straßenbegleitgrün) an Bundesfern- und Landesstraßen in NRW ergänzende Regelungen vorgenommen. Die Hinweise gelten nicht für Gehölze im Straßenrandbereich (ca. 3-5 m Abstand zum Fahrbahnrand, Trennstreifen, Sichtflächen, Mittelstreifen) an denen zur Freihaltung der Sichtflächen und des Lichtraumprofils ein regelmäßiger Rückschnitt erforderlich ist. Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht bleiben ebenfalls unberührt.

## **1. Rechtliche Anforderungen**

### **1.1 Pflegezeitpunkt**

Für Gehölzpflegearbeiten sind die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 39 Abs. 5 BNatSchG) zu beachten. Demnach ist es verboten, in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September Bäume (die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen, z.B. Privatgärten, stehen), Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen. Zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen.

Das Verbot gilt nicht für solche Pflegemaßnahmen, die im öffentlichen Interesse nicht auf andere Weise oder zu anderer Zeit durchgeführt werden können (§ 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG). Somit können notwendige Gehölzpflegemaßnahmen und Fällungen von Straßenbäumen, z.B. zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, auch während des Verbotszeitraums durchgeführt werden.

## **1.2 Besonderer Artenschutz**

Bei Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten ist zu prüfen, ob durch die geplanten Gehölzpflegemaßnahmen die Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG erfüllt sind. Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es u.a. verboten, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören.

In Einzelfällen, wenn durch die Pflegemaßnahmen beispielsweise Bäume mit Bruthöhlen oder Nistplätze beeinträchtigt werden können, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen.